



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/70

17. Juni 1949

Weg und Ziel der SPD

In acht Wochen wird zum westdeutschen Bundeparlament gewählt. Meinungsverschiedenheiten wie die über Legitimation des Wahlgesetzes und Wahlsystem werden in der Zwischenzeit immer stärker hinter den eigentlichen politischen Überlegungen zurücktreten. Die Frage nach dem Programm der Parteien ist aktueller denn je. Sind aber Programme das Entscheidende? Aufschlussreicher ist wohl die politische Praxis einer Partei mit den Möglichkeiten auf Rückschlüsse, die sich für jeden daraus ergeben.

Die Arbeit der SPD steht seit 1945 im Zentrum der politischen Entscheidung, und mancher Entschluss, der in den vergangenen Jahren nicht genügend beachtet oder falsch verstanden wurde, hat heute auch für den ausserhalb des Parteilbens stehenden Wähler starke Beweiskraft. Das Ziel der Arbeit der SPD ist (auf die kürzeste Formel gebracht), das Reifmachen unseres Volkes für eine staatliche und internationale Politik.

Um diese Aufgabe zu lösen, musste sich die SPD in den Jahren 1945/46 den Fusionsbestrebungen der Kommunisten, 1948/49 aber ebenso entschieden dem Partikularismus der CDU/CSU widersetzen. Sie fordert das eine Vaterland anstelle einer Politik der elf Vaterländer. Ein extremer Föderalismus hätte nicht nur das Funktionieren des Marshallplans innerhalb Westdeutschlands unmöglich gemacht, sondern auch eine erfolgreiche Abwehr des kommunistischen und nationalistischen Propaganda-Ansturms aus dem Osten verhindert.

In den kommenden Auseinandersetzungen sieht es die SPD aber als ihre vordringliche Aufgabe an, die Idee des demokratischen Sozialismus nach Ostdeutschland hineinzutragen. Das macht allerdings eine Auseinandersetzung mit den in Westdeutschland massgebenden politischen Faktoren unvermeidlich. Den Parteien, die den Frankfurter Wirtschaftsrat tragen, kann es nicht gelingen, über die wahre Situation hinwegzutäuschen, auch wenn sie ganz zu Unrecht versuchen, die Erfolge der Währungsreform für sich in Anspruch zu nehmen. Die vollen Scheufenster haben den Millionenmassen der Armen und Verarmten nur gezeigt, dass die Güter vorhanden sind, um ihnen einen relativ befriedigenden Lebensstandard zu geben. Der Frankfurter Wunderprofessor hat breite Schichten der Werktätigen, der Invaliden, der Alten und

Schwachen, aber vom Erwerb lebensnotwendiger Dinge ausgeschlossen. Selbst die "Schutzzone" für wirtschaftlich Schwache, das sogenannte Jedermann-Programm, wurde durch das Diktat hemmungsloser Verdienler in Industrie, Handel und Gewerbe niedergebrochen, ohne dass auch nur der Versuch zu einem wirklichen Versorgungsprogramm daraus gemacht worden wäre.

Die jüngste Entwicklung ist durch den Zynismus gekennzeichnet, mit dem die politisierende Wirtschaft und die ihrhörige Frankfurter Verwaltung den Lastenausgleich als eine überholte Angelegenheit hinzustellen versuchen. Dabei sollte es jedem klar sein, dass eine "Prosperität", die sich in über einer Million Arbeitslosen ausdrückt, noch nicht einmal ein Vorwand ist, um einen sozial gerechten Ausgleich der Kriegsschäden überflüssig zu machen. Alle jene, die durch den Krieg und seine Folgen Heimat und Habe verloren haben, können ein Abweichen von dieser von der SPD als unerlässlich angesehenen politischen und sozialen Verpflichtung nur als Volksbetrug grossen Stils betrachten.

Die Sozialdemokratie hat schliesslich im Jahre 1945 als erste und lange Zeit einzige Partei die Forderung nach einer Bereinigung der deutschen Ostgrenzen erhoben. Sie tritt auch heute mit allem Nachdruck für die Rückgewinnung der Heimat der Ostvertriebenen ein. Dies Ziel ist aber nicht zu erreichen, wenn der staatsbildende Wille unseres Volkes durch eine Mischung von schäumendem Nationalismus und serviler Gefügigkeit gegenüber ausländischen Interessen verdorben wird. Die deutsche Sozialdemokratie ist seit 1945 der einzige verlässliche Faktor gegenüber dem östlichen Totalitarismus. Durch ihre klare und feste Haltung in den Bonner Verfassungskämpfen hat sie aber auch gegenüber den Westmächten eine in einem Besetzungsregime maximale Selbständigkeit gezeigt.

Die SPD blickt dem Wahlkampf mit ruhiger Zuversicht entgegen. Die Frage der Regierungsbildung kann selbstverständlich erst nach Abschluss der Wahl erörtert werden. Ausländische Einflüsse lehnt die SPD auch hierbei ab, alle diese Dinge können nur aus dem freien Willen der Parteien entschieden werden, die die demokratische Legitimation dafür besitzen.

(b/B. 111/1/176/hs)

Der "Falken"-Prozess - ein Fanal

sp. Der Schauprozess gegen neun Mitglieder der Berliner "Falken" und die brutale Verhaftung Heinz Westphals werfen ein grelles Schlaglicht auf die Justiz- und Polizeiwillkür in der Ostzone. Das Urteil gegen zwei Angeklagte erfolgte wegen "Verbreitung tendenziöser Berichte" unter Berufung auf die Kontrollratsdirektive Nr. 38. Der Verteidiger der Angeklagten aber stellte fest, dass während des Prozesses kein Nachweis nationalsozialistischer oder militaristischer Tendenzen erfolgte und nicht ein einziges Delikt der Kontrollratsdirektive erfüllt sei. Wie einst die Nazirichter ältere deutsche Gesetze zur Rechtfertigung ihrer Justizwillkür heranzogen, so handhaben jetzt sowjetisch kommandierte Gerichte alliierte Kontrollratsbestimmungen. "Die politische Zielsetzung, Einheit und gerechter Friede (bekanntlich die Parole des ostzonalen "Volkerates", D.Red.) verdient den Schutz aller. Wer diesen demokratischen Willen zu stören versucht, den muss die ganze Schärfe des Gesetzes treffen. Dafür haben die Besatzungsmächte das Kontrollratsgesetz geschaffen", so argumentierte der den Vorsitz im Schauprozess führende Landgerichtsdirektor Ranke.

Gesetzesmissbrauch, brutale Verhaftungen, Foltermethoden bei den Verhören, wochenlange Bespitzelungen völlig unbescholtener Menschen - das alles geschieht vier Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitlerschen Gewaltregimes. Wieder ist die Welt Zeuge, wie Menschenwürde verachtet und Menschenrecht geschändet wird. "Wie lange sollen wir das noch erdulden?", fragen die Berliner und fragen 20 Millionen Menschen in der Ostzone. Sollten ihre Fragen wieder so lange überhört werden, bis eine ganze Welt in Brand gesetzt ist? Der Falkenprozess ist nicht der einzige Beweis sowjet-deutscher Justiz- und Polizeiwillkür. Es gibt deren Hunderte und täglich reihen sich weitere an. Viele 1000 Menschen schmachten in den Kellern der NKWD, in den Lagern des Uranbergbaues und in den Konzentrationslagern der Ostzone.

Nun steht ein neuer Schauprozess mit Heinz Westphal bevor. Am Donnerstag vormittag erklärte die Markgraf-Polizei, Westphal werde bis spätestens 17.00 Uhr freigelassen werden. Donnerstag abend gab man bekannt, dass inzwischen ein Haftbefehl erlassen worden sei, und zwar wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Mit dieser Begründung ergänzt die Ostzonen-Justiz ihre Rechtsbrüche im Falken-Prozess. Auf Kundgebungen der Jugendorganisationen und der SPD ist daher mit Recht die Forderung erhoben worden, dass diese neuen Beweise sowjet-deutscher Gewaltherrschaft in Paris und bei der Festlegung der Bedingungen für den Ost-West-Handel nicht übersehen werden dürfen. Denn ebenso wichtig wie der freie Verkehr zwischen Westzonen und Berlin ist die Herstellung der Rechtssicherheit in Berlin.

Der Falkenprozess wird zum Symbol aller Eingekerkerten in der Ostzone. Unter dem Ruf "Gebt Heinz Westphal frei" muss in ganz Deutschland und über das ganze Deutschland hinaus eine Bewegung entfaltet werden, die über Terroristen den moralischen Boykott verhängt.

(b, Br./2/176/hs)

Die chinesische Warnung

sp. Der frühere Göttinger Student Tschu Teh, der in Deutschland Kommunist geworden ist, jagt jetzt die letzten Reste der nationalchinesischen Millionenarmee in die Vernichtung, Gefangenschaft oder in die als Rückzugsgebiet verbliebenen Südprovinzen. Das unbezweifelbare militärische Genie dieses Mannes, der vom Häuptling einer kleinen Freischarlerbande zum Oberbefehlshaber der chinesischen Roten Armee aufgestiegen ist, vermag die Katastrophe des nationalen China ebensowenig zu erklären, wie die hintergründige Klugheit und Wendigkeit des zähen Mao Tse-tung, der mit vollendeter politischer Instinktsicherheit das Regime Tschiang Kai-scheks trotz aller amerikanischen Milliardenhilfe zum Einsturz brachte.

Wie aber ist dieser Zusammenbruch mit seinen unabsehbaren Folgen möglich gewesen? Ein Vorgang von solcher Gewalt ist niemals aus nur einer Ursache zu deuten. Wer aber die Entwicklung etwa auch nur seit dem Bruch Tschiang Kai-scheks mit den sowjetischen Beratern Borodin und Blücher Mitte der zwanziger Jahre bis heute verfolgt hat, wird sich einer Erkenntnis nicht verschliessen können, die weit über China hinaus eine sehr ernste Bedeutung hat: auf die Dauer kann eine kleine reaktionäre, sehr reiche und sehr mächtige Führungsschicht nicht gegen die breite Masse eines Volkes regieren, auch wenn sie die Machtmittel des Staates allein in der Hand hat. Sie wird die Macht an jene verlieren, die, woher sie auch immer ihr politisches Gedankengut beziehen und welche Ziele sich auch immer im Letzten verfolgen mögen, dem Volk durch Wort und Tat glaubhaft machen, dass sein Wohl ihr Ziel ist.

Es nützt nichts, sich darüber hinwegzutäuschen, dass dies Mao und Tschu Teh, obwohl sie erklärte Anhänger einer dem Chinesen völlig fremden Weltanschauung sind, in dem Masse gelungen ist, in dem die Masse den Glauben an Tschiang Kai-schek verloren hat. Die Kuomintang-Diktatur ist an sich selbst zugrundegegangen. Die namenlose Korruption einer kleinen Clique ohne soziales Gewissen, die ungeheure Reichtümer zusammenraffte vor den Augen eines im Elend verkommenden 450-Millionen-Volkes, hat selbst der sprichwörtlichen Langmut der Chinesen zuviel zugemutet. Nicht Mao, sondern der persönlich integere Tschiang Kai-schek hat China für die kommunistische Herrschaft reif gemacht.

Ein ehrlicher Versuch, die Kuomintang-Diktatur in eine wirkliche soziale Demokratie zu verwandeln, hätte noch nach dem zweiten Weltkrieg das Verhängnis abgewehrt. Die Zulassung anderer Parteien im Jahre 1946 war von vornherein nur daraufgestellt, vor dem amerikanischen Geldgeber das Gesicht zu wahren. Selbst eine so gemässigt sozialistische Partei wie die Demokratische Liga wurde rasch abgewürgt. Es war der letzte Beweis in einer langen Kette, dass es der Kuomintang nur um die absolute Macht ging. Kein Geringerer als General Marshall, der spätere Aussenminister, hat das nach dreizehn Monaten vergeblicher Vermittlertätigkeit eindeutig und scharf ausgesprochen in seinem bei

uns unbekanntem Bericht an Truman vom 7. Januar 1947. Die Kuomintang-Führer werden, wenn das jämmerliche Schauspiel ihres Widerstandes gegen die Kommunisten ganz zu Ende gespielt ist, ihren Lebensabend wohl mit wenigen Ausnahmen dort verbringen, wo sie ihr Geld angelegt haben und zum Teil bereits ihre Villen besitzen. Wer nicht wahrhaben will, dass eine reaktionäre Missachtung der Lebensrechte der Masse eines Volkes, unter welchen Vorzeichen auch immer sie geschehen mag, mit tödlicher Sicherheit dem Kommunismus die Bahn freigibt, sollte die chinesische Warnung nicht überhören.

Dr.H.

----- Die Opfer bezahlen die Henker -----

KZ's und Arbeitslager sind eine wichtige Säule der Diktatur. Aber auch unabhängig von ihrem politischen Zweck haben sie eine grosse wirtschaftliche Bedeutung. Für die Sowjetunion ergibt sich das aus folgender Rechnung: Die Arbeitszeit eines freien Arbeiters beträgt acht Stunden täglich. Das ergibt im Jahr etwa 2 300 Arbeitsstunden. Der Zwangsarbeiter muss mindestens 10 Stunden täglich arbeiten. Da er keinen Urlaub erhält und oft auch sonntags arbeiten muss, leistet er im Jahr etwa 1000 Arbeitsstunden mehr. Der ungelernete Arbeiter, und nur diesem kann man je die Masse der Zwangsarbeiter gleichsetzen, verdient täglich rund 10 Rubel. Nach Angaben eines russischen Wirtschaftlers, der selbst 11 Jahre in einem Zwangsarbeitslager zugebracht hat, kostet ein Zwangsarbeiter den Staat für Bewachung, Transporte, Verpflegung, Bekleidung, Unterkunft und ärztliche Versorgung pro Tag fünf Rubel. Die Einsparungen gegenüber dem freien Arbeiter betragen also fünf Rubel täglich oder 1 825 R im Jahr. Zählt man hierzu 1 250 R für die zeitliche Mehrarbeit des Zwangsarbeiters, so verdient der Staat an jedem Arbeiter rund 3 000 Rubel im Jahr. Bei 10 Mill. Zwangsarbeitern - der frühere amerikanische Heeresminister Royall sprach von 13 Millionen - macht das im Jahr 30 Milliarden Rubel. (Ihren Haushaltsplan für das vergangene Jahr hatte die Sowjetunion mit 428 Mrd. Einnahmen und 3388 Ausgaben ausbalanciert, für die Finanzierung der gesamten Volkswirtschaft wurden 149 Mrd. R bereitgestellt).

Die Zwangsarbeiter der UdSSR unterstehen dem Gulag (Glawnoje Uprawlanije Lagerei), einer Abteilung des Innenministeriums (MWD, früher NKWD), die auch die 30 Mrd. verdient. Mit ihnen unterhält sie ihre riesenhafte Organisation und es ergibt sich der grausige Tatbestand, dass durch ein solches System die Opfer ihre Henker selbst bezahlen, und der Staat seine Zuschüsse für die Geheimpolizei in geringen Grenzen halten kann. Um aus den Zwangsarbeitern den grösstmöglichen Arbeitseffekt herauszuholen, verwenden die Sowjets vier Antriebsgriffe; sie heissen: Hunger, Strafen, Belohnung und Propaganda. Der Verpflegungssatz des Zwangsarbeiters ist abhängig vom Erfüllen der Arbeitsnorm. Wer diese erfüllt, erhält etwa 2000 Kalorien. Bei 60-prozentiger Leistung gibt es nur 1 200, bei 150-prozentiger

dagegen 3 500 Kalorien. Da eine gute Ernährung die einzige Chance bietet, die Strafzeit zu überstehen, hat jeder das Bestreben, die Norm zu übertreffen. Auch Belohnungen und Strafen finden ihren Ausdruck in einem Vermehren oder Vermindern der Kalorien, und die Propaganda besteht im Versprechen einer frühzeitigen Entlassung bei besonderen Leistungen. Mit diesen Mitteln bekommen die Lagerführer die Zwangsarbeiter völlig in ihre Hand. Kameradschaft, Charakter und Menschenwürde, alles wird damit untergraben und der Mensch sinkt zum reinen Arbeitstier herab. (b/B. 114/1/176/as)

Sonderheiten des Wahlkampfes in Bayern

(sp) München, 17.6.49

Der Wahlkampf in Bayern hat begonnen. Schon die ersten Äußerungen der Parteien haben gezeigt, dass dieser Wahlkampf, um den ersten Bundestag in Bayern mit aller Schärfe geführt werden wird. Im Gegensatz zu den anderen zehn Ländern der Westzonen steht in Bayern im Vordergrund der Diskussion die Frage: Ja oder Nein zu Bonn. Das Nein der bayerischen Regierung, fast geschlossen unterstützt von der Regierungspartei, ist die erste Besonderheit dieses Wahlkampfes in Bayern. Ein zweites besonderes Merkmal ist das Vorhandensein der Bayernpartei, die ebenfalls in den übrigen zehn Ländern keine entsprechende Parallele hat.

Der schärfste innerpolitische Gegensatz ist der zwischen SPD und Bayernpartei. Die SPD hat sich auf ihrem Landesparteitag in Rosenheim einmütig zu einer gesamtdeutschen Politik bekannt und allen bayerischen Sonderbindungen den schärfsten Kampf angesagt. Ihr gegenüber steht die Bayernpartei, die sich zum Sprecher bayerischer Sonderwünsche macht und die in ihrem letzten Kern keine gesamtdeutsche Lösung will.

Zwischen diesen beiden Kräften steht die CSU. Auf ihrem Straubinger Landesparteitag hat sie, um ein Auseinanderbrechen zu verhindern, den Steuermann ausgewechselt. Statt Dr. Müller wurde Dr. Ehard von Dr. Hundhammers Gnaden zum Landesvorsitzenden gewählt. Diese Wahl bedeutete die Einleitung eines verschärften Rechtskurses dieser Partei. Dr. Ehard versucht eine "Politik der mittleren Linie" mit der CSU zu gehen. Allerdings liegt diese "mittlere Linie" sehr weit rechts und nähert sich bedenklich der Politik der ehemaligen Bayerischen Volkspartei. Die Ausgangsposition der CSU für diesen Wahlkampf ist ausserordentlich schwierig. Einklemmt zwischen die beiden Pole SPD und Bayernpartei, belastet durch eine unfähige Regierungspolitik, ist sie gezwungen, einen Zwei-Fronten-Krieg aus der Defensive heraus zu führen. Schon die ersten Äußerungen im Wahlkampf von Seiten der CSU zeigen diese Schwäche.

Von Seiten der Bayernpartei hat die CSU mit keiner Schonung zu rechnen, denn es ist klar, dass das Wählerreservoir für die Bayern-

partei nur die CSU darstellen kann. Es ist kaum anzunehmen, dass es in diesem Wahlkampf zu irgend einem Bündnis zwischen Bayernpartei und CSU kommen kann; von dem man gelegentlich in CSU-Kreisen träumt, denn an einem solchen Bündnis könnte nur die CSU auf Kosten der Bayernpartei gewinnen. Wahrscheinlich wird man aber auch bei beiden bürgerlichen Parteien in den altbekannten Versuch ausweichen, den Wählern vorzumachen, dass es um die Entscheidung: Christ oder Marxist geht. Man wird versuchen, die sozialdemokratische Politik im Unterton mit den Kommunisten gleichzusetzen. Aus dieser Perspektive heraus wird auch ein Dr. Hundhammer bemüht sein, seine Kulturpolitik vor den Wählern als die notwendige Abwehr dieser angeblichen Gefahr zu rechtfertigen.

Der Wahlausgang wird aber entscheidend dadurch beeinflusst werden, welcher Partei es gelingt, die rund zwei Millionen Flüchtlinge für sich zu mobilisieren. Die Bayernpartei verzichtet von vornherein auf eine Agitation unter den Flüchtlingen - sie könnte ihr bei den einheimischen Wählern auch nur schaden. Die CSU macht erhebliche Anstrengungen, um an die Flüchtlinge heranzukommen. Ihr Nein zu Bonn hemmt sie in dieser Richtung stark. Symptomatisch dafür ist, dass der Flüchtlingsvertreter der Union, Hans Schütz, auf dem Parteitag in Straubing das Nein der CSU nicht unterstützt hat, sondern sich für ein Ja zu Bonn aussprach. Gute Chancen für die SPD gerade unter den Flüchtlingen sind also gegeben, zumal nach ihrem bisherigen Verhalten zu diesen vom Schicksal besonders schwer Geschlagenen. (b/B.97/1/176/hs)

Verleumderische Wahlpropaganda

Die "Fuldaer Volkszeitung" vom 14. Juni 1949 veröffentlicht unter der Überschrift

"Zwangsevakuierungen zurückgestellt -

Erfolgreiche Proteste der Kasseler Neubürger-Gemeinschaft" eine Erklärung des Geschäftsführers dieser Neubürger-Gemeinschaft, Peter Rudel, wonach die SPD die Schuld an der geplanten Zwangsevakuierung von Flüchtlingen aus der Ostzone tragen solle. Diese Erklärung entspricht nicht den Tatsachen; denn über die Zuerkennung des Asylrechts entscheidet in Hessen eine Kommission, die sich gleichmässig aus Vertretern der SPD, CDU und FDP zusammensetzt. Im Rahmen der für diese Kommission verbindlichen Bad-Segeberger-Beschlüsse musste verschiedenen Personen das Asylrecht aufgrund einer von den drei Parteien gemeinsam gefällten Entscheidung verweigert werden. Wenn Herr Rudel am Schluss seiner Erklärung behauptet, dass bei der kommenden Wahl "die Flüchtlinge in den freien Wählervereinigungen eindeutig gegen die demokratischen Postenjäger entscheiden werden", dann zeigt sich hier klar die Absicht von derartigen irreführenden Behauptungen: Man benutzt die Not der Flüchtlinge, um sie für die demagogischen Wahlmanöver der sogenannten freien Wählervereinigungen einzuspannen. (b/B.116/1/176/hs)